

# Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 24) und des Schulausschusses (Nr. 18) am 29.09.2005

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II

Sitzungsdauer: 17:00 bis 20:22 Uhr

Den Vorsitz führte: MdR Bernd Bornemann

ANWESENDE:

## **Schulausschuss**

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

#### **SPD**

Ratsfrau Berendine Bamminger

Beigeordneter Bernd Bornemann

Ratsherr Johann Südhoff

für Ratsfrau Helga Grix

Ratsherr Rico Mecklenburg

Ratsherr Walter Davids

für Ratsfrau Elfriede Meyer

#### **CDU**

Ratsherr Herbert Buisker

Ratsherr Kurt Hannappel

(bis 19.35 Uhr)

Ratsherr Hinrich Odinga

für Ratsherr Reinhard Hegewald

#### **FDP**

Ratsherr Rolf Bolinius

(bis 18.45 Uhr)

Beigeordnete Hillgriet Eilers

für Ratsherrn Gerhard Schaudinn (bis 19.10 Uhr)

Ratsherr Roland Riese

für Ratsherrn Holger Klaassen (bis 19.10 Uhr)

### **Stimmberechtigte sonstige Mitglieder**

Herr Werner Koch

Herr Gerhard de Witt

Frau Jessica Murra

(bis 19.20 Uhr)

Herr Josef Kaufhold

Herr Rainer Geerken

Herr Arthur Kalvelage

### **Nichtstimmberechtigte Mitglieder**

**Bündnis 90/Die Grünen** (Grundmandat)

Ratsherr Wulf-Dieter Stolz

## **Jugendhilfeausschuss**

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

#### **SPD**

Ratsfrau Helga Grix

Ratsfrau Regina Meinen

Ratsfrau Elfriede Meyer

## Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 24) und des Schulausschusses (Nr. 18) am 29.09.2005

### CDU

Ratsherr Werner Vollprecht (bis 19.40 Uhr)

### FDP

Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser für Ratsherrn Holger Klaassen

### Stimmberechtigte sonstige Mitglieder

Herr Wilhelm Grix  
Herr Norbert Haarmeyer  
Frau Marion Jacobs (bis 19.40 Uhr)

### Nichtstimmberichtigte Mitglieder

#### Bündnis 90/Die Grünen (Grundmandat)

Ratsherr Bernd Renken (bis 19.00 Uhr)

#### Beratende Mitglieder

Stadtangestellter Tom Sprengelmeyer  
Stadtangestellter Eckhard Kühl  
Frau Ursula Henrich (bis 19.10 Uhr)  
Frau Ingrid van Schwarzenberg  
Herr Carsten Schubert  
Frau Elfriede Wilts

#### von der Verwaltung

Stadtamtsrat Thomas Buß  
Stadtamtsrat Richard Lücht  
Stadtamtmann Robert Lier  
Stadtangestellte Heidemarie Kohnen  
Stadtangestellte Agnes Rauch, Protokollführung

#### Gäste

Frau Franziska Petzold, Grundschule Contantia  
Herr Jan-Eve Buß, Hauptschule Cirksebaschule (bis 19.40 Uhr)  
Herr Heinz-Wilhelm Ohm, Johannes-Althusius-Gymnasium (bis 19.40 Uhr)  
Frau Monika Klees, Schulsozialarbeiterin Cirksebaschule (bis 19.40 Uhr)  
Herr Wolfgang Schwieder, PRINT-Projekt Barenburg (bis 19.40 Uhr)  
2 Vertreter der örtlichen Presse  
7 Zuschauer

#### Punkt : 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Bornemann** eröffnet die gemeinsame Sitzung des Jugendhilfe- und des Schulausschusses, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

#### Punkt : 2 Feststellung der Tagesordnung

**Herr Sprengelmeyer** schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 6 – Situationsbericht nach Einführung der Schulstrukturreform – an den Anfang zu stellen, da sich darauf alle anderen Tagesordnungspunkte beziehen würden.

Gegen die geänderte Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

## Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 24) und des Schulausschusses (Nr. 18) am 29.09.2005

**Punkt : 3** Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Es werden keine Fragen gestellt.

### MITTEILUNGSVORLAGEN

**Punkt : 4** Vorlage 14/1863-00  
Themenschwerpunkte des Arbeitskreises Jugendhilfe und Schule

**Frau van Schwartzberg** berichtet, sie leite den Arbeitskreis gemeinsam mit dem Beratungslehrer an der Schule Wybelsum, Herrn Ralf Dietz. Inhaltlich berufe sich der Arbeitskreis auf einen Erlass des Kultusministeriums vom Januar 1994 zur Zusammenarbeit zwischen Jugendamt und freien Trägern der Jugendhilfe. Daraus leite sich der Auftrag zur ständigen und engen Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe ab. Der Arbeitskreis wolle nunmehr eine gemeinsame Sichtweise im Sinne einer familienorientierten Sozialarbeit erarbeiten.

Anschließend geht Frau van Schwartzberg auf die Themenschwerpunkte der vergangenen Jahre ein und führt weiter aus, dass die Entwicklung der Schulsozialarbeit in Emden einen großen Raum eingenommen habe. Auch habe seit 1999 das Thema Schulverweigerung einen umfangreichen Stellenwert. Dazu habe auch eine Befragung an den Emdener Schulen und eine mehrtägige Fortbildung mit dem regionalpädagogischen Zentrum in Aurich stattgefunden.

Aktuell beschäftige sich der Arbeitskreis mit der Kooperation von Schule und Jugendhilfe im Einzelfall, mit Kinderarmut nach Einführung des Arbeitslosengeldes II und mit der Arbeit mit Migranten. In diesem Arbeitskreis seien Lehrer, Sozialarbeiter der Emdener Schulen und der Jugendhilfe vertreten. Eine enge Verzahnung mit der Jugendhilfe- und der Schulentwicklungsplanung sowie mit dem Jugendhilfe- und dem Schulausschuss werde angestrebt.

**Herr Bornemann** bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Mecklenburg** erklärt, früher seien Schule und Jugendhilfe zwei Bereiche gewesen, die nicht viel miteinander zu tun hatten. Durch die Arbeit der letzten Jahre habe sich dieses grundlegend geändert und man sei zu einer wirklich guten Kooperation zum Wohle der Kinder gekommen. Er begrüßt dieses und bestärkt, dort weiterzumachen.

**Herr Buisker** schließt sich den Ausführungen seines Vorredners an.

**Herr Bornemann** erkundigt sich, ob bezüglich der Verzahnung schon konkrete Vorstellungen vorhanden seien.

**Frau van Schwartzberg** regt an, da es eine Vertretung der Schulen im Jugendhilfeausschuss geben würde, sollte überlegt werden, inwieweit eine Vertretung durch ein Mitglied des Arbeitskreises Schule und Jugendhilfe möglich sei.

**Herr Sprengelmeyer** ergänzt, es werde schon länger darüber nachgedacht. Denn gerade in der Schulentwicklung sei eine Verzahnung mit dem Arbeitskreis möglich, dieser sei ein Bindeglied zwischen Sozialarbeitern und Lehrern. Aus der Praxis heraus könne er bestätigen, dass diese Zusammenarbeit zum Teil sehr schwierig sei.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

## **Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 24) und des Schulausschusses (Nr. 18) am 29.09.2005**

---

**Punkt : 5** Vorlage 14/1864-00  
Standorte schulbezogener Sozialarbeit

**Herr Sprengelmeyer** erläutert, die schulbezogene Sozialarbeit sei im Prinzip auf eine Initiative der Arbeiterwohlfahrt im Winter 1998 entstanden. Danach habe sich als nächstes das Projekt in Barenburg entwickelt. Mittlerweile gäbe es nunmehr verschiedene Standorte. Er bemerkt weiter, dass nur eine Vollzeitstelle an der BBS II vorhanden sei, die auch direkt vom Land finanziert werde.

**Herr Grix** führt aus, die Überlegung, eine Schulsozialarbeit zu initiieren, sei nicht neu. Bereits in den 60-er Jahren habe man über eine außerschulische Bildung diskutiert. Da sich die Schulen jedoch zum damaligen Zeitpunkt verschlossen, eine gemeinsame Vorgehensweise nicht zugelassen und auch die Räume nicht zur Verfügung gestellt hätten, habe man zunächst eine außerschulische Bildung und auch Sozialarbeit durchgeführt wie z. B. im Jugendzentrum „Alte Post“ und in Barenburg. Dabei hätten die Brennpunkte natürlich eine große Rolle gespielt.

Wie bereits erwähnt, stehe die Gesellschaft in einem schnellen und permanenten Umbruch, so dass diese Auswirkungen insbesondere in den Schulen aber auch bei den Familien eine große Rolle spiele. Sozialarbeit könne nur eingebettet in eine Vernetzung stattfinden, d. h. die Arbeit könne nicht nur von den Schulsozialarbeitern geleistet werden, sondern müsse u. a. durch den Sozialen Dienst durchgeführt werden. Dazu sei es notwendig, dass sich die Schulen öffnen. Die Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe, Jugendpflege und Jugendförderung sei bereits besser geworden. Herr Grix betont, die bisherigen Standorte seien Entwicklungen, die auch weiterhin betrachtet werden müssten. Dazu würden die Schulsozialarbeiter auch immer zu gemeinsamen Gesprächen eingeladen, was aus zeitlichen Gründen oft sehr schwierig sei. Das sei gerade für einen Sozialarbeiter ungünstig, da er dann schwerlich in der Lage sei, auch neue konzeptionelle Überlegungen mit in die Arbeit hineinzutragen.

Herr Grix bemerkt, gerade auch hinsichtlich der Cirksenaschule werde ein Normalisierungsprozess einsetzen. Denn die von den dortigen Sozialarbeitern geschilderten Schwierigkeiten seien in allen Schulen gleichermaßen vorhanden. Man dürfe sich nicht nur auf die Hauptschulen fokussieren, denn das Problem der allgemeinen gesellschaftlichen Veränderung reiche nicht nur in die Schulen, sondern bereits in die Kindergärten hinein. Aus diesem Grunde sei er froh, dass man damit beginne, bereits mit Kindergärten und – tagesstätten in Kooperation zu treten, um eine durchgängige und auch wachsende Sozialarbeit zu entwickeln.

**Herr Bornemann** bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Mecklenburg** weist darauf hin, dass es unwahrscheinlich wichtig sei, die Vollzeitstellen des PRINT-Projektes, die bis zum Juli 2007 bzw. Dezember 2006 befristet seien, in unbefristete Stellen auszuweiten. Dazu sei auch die Finanzierung sicherzustellen.

**Herr Buisker** fragt an, mit welcher Begründung an der BBS II vom Land eine Vollzeitstelle finanziert werde. Außerdem erkundigt sich, ob bereits die ersten Gespräche bezüglich der Sozialarbeit in den Kindergärten stattgefunden hätten.

**Herr Sprengelmeyer** entgegnet, bei der BBS II handele es sich um eine recht große Schule, die auch sehr umfangreiche soziale Schwierigkeiten habe. Aus diesem Grunde sollte man sich hier nicht gegeneinander ausspielen. Aus seiner Sicht sei es sehr notwendig, den Fokus der Schulsozialarbeit tatsächlich auf die Haupt- und Grundschulen zu legen. Je früher man im präventiven Bereich arbeiten könne, desto besser sei auch die Beteiligung der Eltern zu erreichen, da diese mit zunehmendem Alter der Kinder abnehme.

## Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 24) und des Schulausschusses (Nr. 18) am 29.09.2005

Er führt weiter aus, die PRINT-Stellen würden im Wesentlichen vom Land finanziert. Bei jeder Forderung sollte man überlegen, in welche Richtung man fordere. Landesprojekte seien häufig durchaus sinnvoll, aber immer mit einer Befristung aufgelegt. Danach stelle sich die Frage, bezahle die Stadt automatisch oder gebe es auch Verhandlungsmöglichkeiten. Das bringe die Stadt wieder in Schwierigkeiten, denn der Sozialarbeiter müsse auch bezahlt werden.

**Herr Kühl** ergänzt, vor zwei Jahren habe man sich gemeinsam mit den Kindergärten und Grundschulen an ein von der Fachhochschule unterstütztes Projekt gemacht. Dort seien viele intensive Kontakte geknüpft worden und mittlerweile hätten die ersten Kindergärten mit den Grundschulen auch bereits angefangen, ihre Kooperation zu verschriftlichen. D. h. es gäbe bereits die ersten Verträge über die Zusammenarbeit zwischen den Kindergarten und den Grundschulen. Dieses werde sich in Zukunft noch verstärken, da sowohl der Erlass zur Arbeit in der Grundschule als auch der Orientierungsplan zur Bildung und Erziehung im Kindergarten eine Zusammenarbeit und Kooperation vorschreibe.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

**Frau Grix** stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung und bittet, die Punkte 7 und 8 zu vertagen.

**Herr Bornemann** lässt über den Antrag abstimmen.

Ergebnis: abgelehnt

Dafür: 009

Dagegen: 009

Enthalt.: 000

Es folgt eine fünfminütige Pause bis 19.45 Uhr.

### ANTRÄGE VON FRAKTIONEN/GRUPPEN

**Punkt : 6** Vorlage 14/1862-00  
Situationsbericht nach Einführung der Schulstrukturreform - Antrag der CDU-Fraktion vom 06.06.2005 -

**Herr Sprengelmeyer** erklärt, im letzten Jahr habe man sich sehr häufig mit der Schulproblematik anlässlich der Schulstrukturreform beschäftigt. Der jetzt vorliegende Antrag sei zum Anlass genommen worden, gemeinsam mit den Schulleitungen und den schulbezogenen Sozialarbeitern einen umfassenden Situationsbericht zusammenzustellen. Eine Grundproblematik dabei sei die Aufgabenverteilung und Zuständigkeitsregelung zwischen Land und Kommunen. In den jetzt folgenden Ausführungen würden Frau Petzold und Herr Kaufhold für den Bereich der Grundschulen, Herr Buß für den Bereich der Hauptschulen, Frau Klees und Herr Schwieder zum Bereich der schulbezogenen Sozialarbeit und abschließend Herr Ohm für den Bereich Realschule und Gymnasium vortragen.

**Herr Kaufhold** und **Frau Petzold** erläutern den Bereich der Grundschulen anhand einer PowerPoint-Präsentation (Anlage 1).

**Herr Bornemann** bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

## Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 24) und des Schulausschusses (Nr. 18) am 29.09.2005

**Herr Sprengelmeyer** ergänzt, er möchte noch einmal auf den Druck, der auf die Grundschulkinder ausgeübt werde, und auf die Chancengleichheit hinweisen. Bei den Vorbereitungsgesprächen mit den Grundschulen habe sich herausgestellt, wie unterschiedlich das in den einzelnen Stadtteilen sei. So gäbe es Lebensräume, in denen viel Druck seitens der Eltern ausgeübt werde. Andererseits gäbe es auch Lebensorte von Kindern, wo dieses nicht so sei. Dort gehe auch die Erziehungsverantwortung sehr stark herunter. In einer dritten Kategorie sei eine gesunde Infrastruktur vorhanden. Dadurch werde deutlich gemacht, dass es für die weitere Entwicklung der Kinder sehr wichtig sei, aus welchen Lebensräumen sie kommen würden.

Auf die Frage von **Herrn Dr. Beisser**, ob eine Rückmeldung für die Empfehlungen vorgesehen sei, antwortet **Frau Petzold**, es sei vorgeschrieben, dass die weiterführenden Schulen die Rückläufer an die Grundschule meldeten.

**Herr Hannappel** erkundigt sich nach dem Unterschied zwischen Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit.

**Herr Renken** bemerkt, in Deutschland seien die Bildungschancen wie in kaum einem anderen Land sehr von der sozialen Herkunft abhängig. Er fragt an, wie sich die soziale Herkunft auf die Übergangsquoten auswirkten. Im letzten Jahr seien Daten der einzelnen Schulen über die Empfehlungen und die Entscheidungen der Eltern vorgelegt worden. Nach seiner Kenntnis sei dort ein Zusammenhang zwischen der sozialen Struktur vorhanden gewesen. Wenn man nun das Problem der Chancengerechtigkeit erörtere, stelle sich die Frage, inwieweit eigentlich diese fehlenden Chancen schon innerhalb der Grundschule kompensiert würden. Er bezieht sich auf einen Artikel, der in der TAZ veröffentlicht worden sei. Dort habe sich Frau Rita Süßmuth dahingehend geäußert, die Kinder nach dem vierten Schuljahr nicht auseinander zu dividieren. Er sehe einen Ansatzpunkt für Chancengerechtigkeit in der Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe. Dort müssten gezielt Defizite ausgeglichen werden, denn es würden gut ausgebildete Schüler aus allen sozialen Schichten benötigt werden.

**Herr Kaufhold** führt aus, der Begriff Chancengerechtigkeit sei absichtlich gewählt worden. Es gehe darum, den Kindern bewusst zu machen, dass sich auch nach dem Besuch der Hauptschule noch andere Chancen eröffnen würden. Die Hauptschüler hätten das Recht, in dieser Gesellschaft ihren Platz einzunehmen und sich weiterzuentwickeln. Im Hauptschulbereich könne man durch eine Reihe von positiven Motivationen mehr erreichen.

Ferner teilt er mit, es wäre zwar sehr interessant, herauszufinden, aus welchen Schichten die einzelnen Kinder, die durch die Empfehlungen in die einzelnen Schulformen hineingegangen seien, kommen würden. Doch dazu habe es bislang noch keine Untersuchungen gegeben.

**Herr Sprengelmeyer** erklärt, seit der letzten Woche würden die Übergangszahlen der einzelnen Schulen vorliegen. Sie würde dem Protokoll beigelegt (Anlage 6).

**Herr Hannappel** weist darauf hin, dass es auch die Chance des zweiten Bildungsweges geben würde. Er stellt fest, solange die Kluft, die bei den Familien liege, nicht beseitigt werde, würde er auch keine Möglichkeit der Chancengleichheit sehen.

**Herr Bornemann** bittet nunmehr Herrn Buß um seinen Vortrag.

**Herr Jan-Eve Buß** erläutert die Auswirkungen der Schulstrukturreform anhand einer PowerPoint-Präsentation an den Hauptschulen in Emden (Anlage 2).

**Herr Bornemann** bedankt sich für die klaren und deutlichen Worte zur Situation der Hauptschule.

## Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 24) und des Schulausschusses (Nr. 18) am 29.09.2005

**Herr Sprengelmeyer** weist darauf hin, man müsse natürlich auch an dieser Stelle die besondere Situation der Zusammenlegung zweier Hauptschulen berücksichtigen. Dieser Prozess sei begleitet worden von einer großen öffentlichen Auseinandersetzung. Ein Jahr danach könne festgestellt werden, dass aus verschiedenen Gründen Ruhe eingekehrt sei. Das dieses gelungen sei, sei sicherlich ein Verdienst der beiden Kollegien. Auch habe der neue Name der Schule sicherlich dazu beigetragen, der verdeutliche, dass hier etwas zusammenwachse.

Herr Sprengelmeyer bedankt sich bei den beiden Kollegien für die geleistete Arbeit. Abschließend erklärt er selbstkritisch, dass an dieser Situation das Verhalten von Rat und Verwaltung mitverantwortlich sei. Er appelliert, aus dieser Geschichte zu lernen.

**Herr Mecklenburg** betont, da hier von Chancengerechtigkeit die Rede gewesen sei, müsse festgestellt werden, dass diese Reform eine Gruppe von ganz großen Verlierern habe und zwar diejenigen, die nach der 4. Klasse die Hauptschule besuchen würden. Diesen Kindern sei eine große Chance auf weitere Entwicklung in einem gemeinsamen Lernverband genommen worden. Dieses wirke sich auch auf die Kinder und ihr Verhalten aus. Er sehe die Schulstrukturreform als einen sehr krassen Fehler an, der eine Rückwärtsentwicklung gewesen sei. Das zeige sich ganz konkret in dem Vortrag von Herrn Buß. Er habe der Analyse und auch den Forderungen nichts mehr hinzufügen und werde diese unterstützen.

Weiter führt er aus, es gäbe zwar die Möglichkeit, dass gute Schüler bei entsprechenden Zensuren die Schulform wechseln könnten. Jedoch werde davon nicht in dem Maße Gebrauch gemacht, wie die Möglichkeiten gegeben würden.

**Herr Buisker** weist vehement zurück, dass die Hauptschüler Verlierer seien. Wenn es ihnen jedoch immer wieder gesagt werde, müsse es ihnen langsam auch so vorkommen. Das Problem liege in den allermeisten Fällen im Elternhaus. Man müsse die Schulstrukturreform akzeptieren und daraus das Beste machen. Ein möglicher Lösungsvorschlag sei die Reduzierung der Schülerzahlen in der Hauptschulklasse.

**Herr Stolz** bedankt sich bei Herrn Buß für die sehr realistische Beschreibung der doch unsäglichen Arbeitsbedingungen an der Hauptschule. Er unterstütze alle seine Forderungen, obwohl er bedauere, dass es sich hierbei nicht um Forderungen auf der Kommunalebene handele.

Er bestätigt die Aussage von Herrn Sprengelmeyer, dass die Verantwortung von Rat und Verwaltung hinsichtlich der Folgewirkungen der Schulstrukturreform nicht gering sei. Er weist darauf hin, dass seine Fraktion schon sehr frühzeitig einen transparent moderierten Beratungsprozess gefordert hätten, welcher zunächst abgelehnt und dann später doch noch aufgegriffen worden sei.

Herr Stolz ist der Ansicht, dass die Kinder die Verlierer seien, die völlig aus den Gleisen geraten seien und denen auch nicht in der Hauptschule geholfen werden könne. Es wäre sinnvoller gewesen, die Kinder untereinander zu mischen und nicht sechs Stunden täglich zusammen zu unterrichten. Er würde es begrüßen, wenn die Verantwortlichen den Mut hätten, für diese jetzige Situation die politische Verantwortung zu übernehmen.

**Herr Riese** bemerkt, er hätte sich gewünscht, dass Herr Buß in seinem Situationsbericht nicht nur die Probleme erwähnt hätte. Seiner Meinung nach wäre es durchaus sinnvoller gewesen, zu erfahren, was in den Hauptschulen in diesem Jahr konkret getan werde, um diese neuen Verhältnisse zu nutzen. Er ist der Ansicht, man sollte sich Gedanken darüber machen, wie zukünftig in den Hauptschulen noch erfolgreicher gearbeitet werden könne.

## Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 24) und des Schulausschusses (Nr. 18) am 29.09.2005

**Herr Renken** hält den Vortrag von Herrn Buß im Grunde für eine Abrechnung mit einer fehlerhaften Schulpolitik des Landes. Er betont, die Hauptschule werde von keinem kaputtgeredet, die Politik habe diese Schule kaputtgemacht. Die Entscheidung, die Orientierungsstufe abzuschaffen, sei seiner Meinung nach bildungspolitisch ein Rückschritt gewesen.

Dennoch müsse eine Diskussion im Zusammenhang mit der Schulentwicklungsplanung geführt werden. Seine Fraktion habe sich in der ganzen Strukturdebatte für die Zusammenführung der Standorte Haupt- und Realschulen stark gemacht. Die Zweizügigkeit wäre zumindest eine Voraussetzung, um angemessene Bildungschancen überhaupt realisieren zu können. Letztendlich werde man sich auch bezüglich der Standorte Gedanken machen müssen, welche Hauptschulen in Zukunft eigentlich noch zu halten seien.

**Herr Jan-Eve Buß** stellt fest, die Lehrer und Schulleiter führen das an den Schulen aus, was die Politik vorgebe. Man bemühe sich, mit der täglichen Arbeit den Schüler gerecht zu werden. Am 13.05.2004 sei im Rat eine Entscheidung gefallen und die auszuführen, sei problematisch genug gewesen. Die beiden Ratssitzungen in der Nordseehalle seien kein schönes Schauspiel für die Stadt Emden gewesen, aber daraus sollten alle lernen. Er halte es für wichtig, nun nach vorne zu schauen und zu sehen, wie den Schülern geholfen werden könne.

**Herr Mecklenburg** hält es nicht für sinnvoll, jährlich die Teilungsgrenzen der Schulbezirke zu ändern. Besser wäre es, wenn die Anzahl der Schüler in den einzelnen Klassen heruntergesetzt werden könne.

**Herr Dr. Beisser** bemängelt, dass die Gegebenheiten nicht akzeptiert würden, sondern fleißig nachgekartet werde und sämtliche Argumente wieder aus den Schubladen geholt würden. Herr Buß dürfe durchaus als Schulleiter dem Fachdienst Schule und auch der Landesregierung Ratschläge geben, wie die Arbeit an den Hauptschulen effizienter und besser gestaltet werden könne. Er appelliert an die Anwesenden, sich auf die Arbeit zu konzentrieren, die vor Ort gemacht werden könne, anstatt sich über Niedlichkeiten zu unterhalten.

**Herr Grix** erinnert daran, dass bereits in der Zeit, als es noch die Orientierungsstufe gab, die Diskussion um die Schulsozialarbeit angefangen habe. Der Bericht von Herrn Buß zeige, dass versucht werden müsse, auf verschiedenste Art und Weise Abhilfe zu schaffen im Interesse der Kinder und auch der Lehrer.

**Herr Bornemann** bedankt sich bei Herrn Jan-Eve Buß für den Vortrag und bittet nunmehr Frau Klees und Herrn Schwieder zur schulbezogenen Sozialarbeit Stellung zu nehmen.

**Herr Schwieder** und **Frau Klees** stellen sich zunächst vor. Anschließend erläutern sie gemeinsam anhand einer PowerPoint-Präsentation die Ergebnisse bezüglich der Schulstrukturreform auf die schulbezogene Sozialarbeit (Anlage 3).

**Herr Bornemann** bedankt sich für Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

Auf die Frage von **Herrn Riese**, was mit dem Wort Leistungsdruck gemeint sei, antwortet Frau Klees, sie habe den Ausdruck in Bezug auf die Grundschulzeit benutzt. Dort würde die Kinder dahin getrieben werden, ihre optimalen Leistungen zu bringen. Jedoch könne dieser Druck auch in die negative Richtung gehen. Somit sei das Wort beidseitig verwendbar.

**Herr Stolz** weist darauf hin, dass die Entscheidung bezüglich der Schulstrukturreform ständig weiter wirke. Junge Menschen müssten mit ihr leben. Nun werde von denen gefordert, die am dichtesten an die Probleme dran seien, dass die gemeinsame



## Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 24) und des Schulausschusses (Nr. 18) am 29.09.2005

Grundschulzeit verlängert und ein Realschulzweig an den Hauptschulen eingerichtet werden solle. Dieses sei genau die Forderung, die seine Fraktion immer vorbringen werde. Er werde diejenigen nicht aus der Verantwortung entlassen für die Struktur, die sie geschaffen hätten, denn sie würden mit der Forderung, das System umzubauen immer wieder konfrontiert werden.

**Herr Bornemann** bittet Herrn Ohm um seine Ausführungen.

**Herr Ohm** erläutert anhand einer PowerPoint-Präsentation die Situationen an der Realschule Herrentor und an den beiden Gymnasien (Anlage 4).

**Herr Bornemann** bedankt sich bei Herrn Ohm für seinen Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Sprengelmeyer** fasst abschließend zusammen, die Wünsche der einzelnen Schulformen und der Schulsozialarbeit würden aufgenommen und in die politische Diskussion mit eingebracht werde. Man habe ganz konkrete Vorschläge gehört wie z. B. Schulhofgestaltung und verpflichtende Ganztagsangebote. Es sei auch deutlich geworden, wie schwierig das kommunale Handeln in diesem Bereich sei. Ganz besonders bei der Diskussion um das Ganztagsschulprogramm möchte die Stadt mit dem Land kooperieren.

Weiter stellt er fest, dass durch den Fachbereich Jugend, Schule und Sport eine gute Voraussetzung geschaffen sei, um diesen Bereich zu intensivieren. Es gehe darum, dass man Konzepte und Schritte überlege, die kurzfristig, mittelfristig und langfristig wirkten. Hier sei man auf einem guten Weg.

Nach einer kurzen Diskussion über den zeitlichen Rahmen und den weiteren Verlauf der Sitzung bedankt sich **Herr Bornemann** bei allen Vortragenden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

**Punkt : 7** Vorlage 14/1865-00  
Vorstellung eines Projektes gegen Schulverweigerung;  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.04.2005 -

**Herr Sprengelmeyer** erklärt, es liege zu diesem Thema reichhaltige Arbeitsmaterialien aus der Jugendhilfeplanung vor. Dort könne man auch zu dem Bereich Schule und insbesondere zur Schulverweigerung etwas finden. Dieses sei ein weites Feld, welches nochmals in Schulschwänzen, Schulumüdigkeit, Schulverweigerung, Schulphobie, Schulabbruch und das Zurückhalten unterteilt werden müsse.

Als Ursachen für die Schulverweigerung führt Herr Sprengelmeyer u. a. Spannungen im Elternhaus, einen zu langweilig empfundenen Schulalltag und zu hohe Erwartungen im Elternhaus an. Weitere Gründe könnten aber auch der Misserfolg in der Schule, Konflikte mit Lehrkräften usw. sein. Er erläutert die Zahlen im Bereich der Ordnungswidrigkeitsverfahren für das Jahr 2004 (Anlage 7). Hierbei müsse man aber noch einmal unterscheiden, was bis zu einem Verfahren gelaufen sei, so habe es Gespräche mit Lehrern und Schulleitern, Strafarbeiten, Nachsitzen, Briefe an die Eltern, Gespräche mit dem Jugendamt, dem schulpsychologischen Dienst und mit der Beratungsstelle. Hier sei der Projektschwerpunkt zu legen. Die Schule meldeten sich zum Teil bei der Ordnungsbehörde, beim Sozialen Dienst, bei der Beratungsstelle oder beim Fachdienst. Man möchte erreichen, alles zusammenzuführen und ein einheitliches Verfahren abzustimmen. Ziel sei es auch, eine entsprechende Unterstützung anzubieten.

## **Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 24) und des Schulausschusses (Nr. 18) am 29.09.2005**

**Herr Kühl** erläutert, es sei ein Problem, dass nicht alle Verfahren an die Öffentlichkeit dringen würden. Das ProAktivCenter, welches beim Fachdienst Jugendförderung angesiedelt sei, habe dieses Problem erkannt und sich mit verschiedenen anderen Kooperationspartnern zusammengesetzt. Das ProAktivCenter arbeite mit von Arbeitslosigkeit bedrohten und betroffenen Jugendlichen zusammen, die Schwierigkeiten hätten, eine Ausbildungs- oder Arbeitsstelle oder einen beruflichen Lebensweg zu finden. Ihre Biographie habe fast immer etwas mit Schulverweigerung, -müdigkeit oder -absentismus zu tun. Vor diesem Hintergrund habe das ProAktivCenter festgestellt, dass ein Weg gefunden werden müsse, wie man diesem Problem begegnen könne.

Herr Kühl fasst die Ursachen und Ausformungen zusammen und stellt sie anhand einer PowerPoint-Präsentation vor (Anlage 5).

**Herr Bornemann** bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Odinga** fragt an, nach wie vielen Fehltagen ein Verfahren eingeleitet werde und wie dieses verlaufe.

**Herr Stolz** bemerkt, er sei mit der Beantwortung soweit zufrieden, wenn auch die Frage 4 nicht beantwortet worden sei. Aus Gesprächen sei deutlich geworden, dass die betroffenen Personen sich darüber beklagten, dass vonseiten der Stadt nicht zeitnah reagiert würde, wenn eine Meldung an die Schulverwaltung gegeben werde. Er begrüßt das neue Projekt und hofft nunmehr auf eine bessere und schnellere Kooperation.

Auch **Herr Buischer** ist von diesem Projekt überzeugt. Es sei richtig, den Schülern verständlich zu machen, dass sie einen Abschluss schaffen sollten.

**Herr Sprengelmeyer** stellt fest, das eigentliche Verfahren gäbe es nicht. Es beginne mit einer Meldung. Man müsse jedoch auch berücksichtigen, dass in der Statistik auf jeden Fall die Schüler fehlten, die nicht gemeldet würden, weil die Schule über deren Abwesenheit froh sei. Seit drei Jahren bestehe eine Vereinbarung zwischen den Schulen und dem sozialen Dienst. Einige Lehrer bzw. Schulen würden sich dort melden, andere direkt bei der Ordnungsbehörde. Danach laufe das Verfahren. Über die Kosten entscheide die Ordnungsbehörde, die auch ein Anhörungsverfahren machen müsse. Danach werde das Bußgeld verhängt.

Er bemerkt weiter, dass die bisherigen verschiedenen Möglichkeiten des Verfahrens nicht aufeinander abgestimmt worden seien. Nun wolle man zu einem einheitlichen Verfahren kommen, so dass hier eine Transparenz hergestellt werde, in dem kein großer bürokratischer Aufwand entstehe, sondern dass die Fachbehörden miteinander verbunden würden. Hier könne man aus einer pädagogischen Handlung heraus ansetzen und gemeinsam mit den jungen Leuten den richtigen Weg finden. Dabei sei jedoch zu bedenken, dass auch hier erst einmal Erfahrungen zu machen seien.

Auf die Frage von **Herrn Kalvelage**, wie das in den Berufsschulen aussehe, antwortet **Herr Sprengelmeyer**, dass es sich hierbei um die ursächliche Klientel handele, welches auch im ProAktivCenter auflaure. Die Schulsozialarbeiter, der Soziale Dienst und die Berufsschulen seien in der Planungsgruppe vertreten. Diese würden die Verfahren abgleichen, so dass nicht zwei oder mehr Personen an einer Sache arbeiten würden.

**Herr Kaufhold** bestätigt, dass es kein pädagogisches Verfahren gäbe. Es bleibe dem jeweiligen Lehrer überlassen, wie mit Schulversäumnissen umgegangen werde. Falls jedoch eine Meldung erfolge, werde das Ordnungswidrigkeitsverfahren auf den Weg gebracht und das Bußgeld richtet sich gegen die Eltern. Es bringe aus pädagogischer Sicht dem Schüler nichts.

## Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 24) und des Schulausschusses (Nr. 18) am 29.09.2005

**Herr Sprengelmeyer** ergänzt, man sei sich einig und habe letztlich das gleiche Ziel, dass die jungen Menschen einen möglichst qualifizierten Schulabschluss erreichen würden. Der Ordnungsbehörde sei auch klar, dass über das Verhängen von Bußgeldern allein erst einmal nicht viel erreicht werden könne. Es ist mit Sicherheit für einige eine Abschreckung. Dennoch gäbe es häufig die Situation, dass diese Bußgelder nicht bezahlt werden könnten, weil die Familien das Geld nicht hätten. In einigen Fällen gehe es sogar soweit, dass die Eltern mit Beugehaft belegt würden. Jedoch sei es das Ziel, miteinander ein Verfahren zu entwickeln, um möglichst viele Jugendlichen einen qualifizierten Abschluss zu ermöglichen.

**Herr Buisker** stellt fest, diese bedeute, dass kein bürokratisches Verfahren in Gang gesetzt werde. Es gäbe einen Zwischenschritt, um die Probleme anders zu lösen.

**Herr Sprengelmeyer** fügt hinzu, er könne sich gut vorstellen, dass die Schulen in Zukunft die Meldung an diese Fachstelle geben würden. In Bezug auf die Verhängung eines Bußgeldes könne dann diese Stelle der Ordnungsbehörde einen Vorschlag unterbreiten. Dadurch erübrige sich auch ein anderes Anhörungsverfahren.

**Herr Mecklenburg** betont, das Ordnungswidrigkeitsverfahren könne im Grunde genommen nur der letzte Schritt sein. Es gäbe wesentlich intelligentere Möglichkeiten, mit diesem Problem umzugehen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

**Punkt : 8** Vorlage 14/1868-00  
Verpflegungssituation in den Schulen;  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 18.02.2005  
- Antrag der Fraktion B90/Die Grünen vom 06.03.2005  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 09.05.2005

Es wird der Antrag gestellt, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen.

**Herr Bornemann** lässt über diesen Antrag abstimmen.

Ergebnis: Vertagt in den nächsten Schulausschuss mit Stimmenmehrheit

**Punkt : 9** mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

**Herr Sprengelmeyer** weist darauf hin, dass das neu eingeführte Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe in Kraft getreten sei und die Änderungen in einer Gegenüberstellung zur Information am Ausgang bereitliegen würden und mitgenommen werden könnten. Ferner sei geplant, Ende November in Zusammenarbeit mit dem Landesjugendamt im Rahmen einer Einführungsveranstaltung die Ausschussmitglieder und die Mitarbeiter des Fachbereiches zu informieren.

**Punkt : 10** Anfragen

### 1. Jugendhilfeausschusssitzung

**Herr Grix** hält den Umfang und den Inhalt der Tagesordnung für unerschämmt. Es dürfe nicht sein, dass nur aus Kostengründen so umfangreiche Sitzungen stattfinden würden. Er appelliert an die Anwesenden, dieses Thema in den Fraktionen zu diskutieren.

## Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 24) und des Schulausschusses (Nr. 18) am 29.09.2005

**Herr Sprengelmeyer** erklärt, er sei für die Zusammenstellung der Tagesordnung verantwortlich und habe eine schnellere Abarbeitung der Punkte vermutet. In Zukunft werde er die Tagesordnung nicht mehr so umfangreich gestalten.

### 2. Schule Grüner Weg

Auf die Frage von **Frau Bamminger**, wann die Rektorenstelle an der Schule Grüner Weg wieder besetzt werde, antwortet **Herr Sprengelmeyer**, diese werde im Oktober erneut ausgeschrieben. Dessen ungeachtet liege das Besetzungsverfahren bei der Landesschulbehörde und nicht bei der Stadt Emden.

**Herr Bornemann** bemerkt, ihm habe eine Meinungsäußerung in der Presse zur Besetzung dieser Stelle missfallen.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 20:22 Uhr.